

Vertrag

zum Transport und zur Verwertung von Abfällen an 10
Recyclinghöfen im Landkreis Südwestpfalz



Landkreis
Südwestpfalz

Zwischen

der Kreisverwaltung Südwestpfalz
Unterer Sommerwaldweg 40-42
66953 Pirmasens

– im Folgenden Auftraggeber [AG] genannt –

und

– im Folgenden Auftragnehmer [AN] genannt –

wird folgender Vertrag geschlossen:

INHALT

BLOCK B - VERTRAG

§ 1	Vertragsgegenstand, Grundlagen	3
§ 2	Vertragslaufzeit	3
§ 3	Rahmenbedingungen	3
§ 4	Technisch-organisatorische Leistungsbeschreibung	4
§ 5	Pflichten des AN	10
§ 6	Rechte und Pflichten des AG	12
§ 7	Pflichtverletzungen des AN, Versicherung, Höhere Gewalt	12
§ 8	Entgelte	13
§ 9	Abrechnung	13
§ 10	Preisanpassung	14
§ 11	Vertragsänderungen, Rechtsnachfolge	16
§ 12	Sicherheit, Bürgschaft	17
§ 13	Vertragsstrafe	17
§ 14	Nachträgliche Unterbeauftragung	18
§ 15	Loyalitätsklausel	19
§ 16	Kündigung aus wichtigem Grund	19
§ 17	Kündigung wegen Rechtsverletzungen	19
§ 18	Salvatorische Klausel	20
§ 19	Schlussbestimmungen	20

ANLAGEN ZUM VERTRAG

Anlage 1:	Preisblatt
Anlage 2:	Besondere Vertragsbedingungen LTTG
Anlage 3:	Bürgschaftsurkunde
Anlage 4:	Allgemeine Rahmenbedingungen zur Leistungserbringung
Anlage 5:	entfällt in diesem Vertrag
Anlage 6:	Abfallsatzung und Gebührensatzung

BLOCK B - Vertrag

§ 1 Vertragsgegenstand, Grundlagen

- (1) Der AG beauftragt den AN mit der vertragsgegenständlichen Leistung.
- (2) Die für den AG geltenden Satzungen in der jeweils geltenden Fassung und die vollständigen, dem AN vorliegenden Vergabeunterlagen, sind Bestandteile dieses Vertrages.
- (3) Soweit dieser Vertrag keine entgegenstehenden Vereinbarungen beinhaltet, sind
 - das Angebot des AN vom _____¹ nebst Anlagen und
 - die übrigen Vergabeunterlagen nebst Anlagen ergänzend heranzuziehen.

In Zweifelsfällen ist für die Auslegung des Vertrages der in den gesamten Vergabeunterlagen zum Ausdruck gekommene Wille des AG ausschlaggebend. Als Widerspruch gilt nicht, wenn in den Vergabeunterlagen oder im Vertrag jeweils Nebenpflichten einer Vertragspartei begründet sind, die im jeweils anderen Dokument fehlen.

- (4) Sämtliche Leistungen müssen unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und Regelungen erfolgen. Es wird besonders auf die Einhaltung der für den AN gültigen berufsgenossenschaftlichen Regelungen hingewiesen.
- (5) Weiter liegen dem Vertrag zu Grunde:
 - Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV –),
 - Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB),
 - die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil B –, Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B),in der jeweils zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Ausschreibung geltenden Fassung.
- (6) Bei etwaigen Widersprüchen vertraglicher Regelungen zu solchen der VOL/B gehen die Regelungen der VOL/B vor.
- (7) Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des AN werden nicht Bestandteil dieses Vertrages.

§ 2 Vertragslaufzeit

- (1) Der Vertrag beginnt am 01.02.2027 und hat eine Laufzeit von zwei Jahren. Der AG kann durch einseitige schriftliche Erklärung gegenüber dem AN, die bis 3 Monate vor Vertragsende zugegangen sein muss, den Vertrag einmalig um ein weiteres Jahr zu unveränderten Bedingungen verlängern (Verlängerungsoption). Die Beauftragung endet somit spätestens zum 31.12.2029.
- (2) Während der Vertragslaufzeit ist eine Kündigung ausgeschlossen, sofern dieser Vertrag nichts Gegenteiliges regelt.

§ 3 Rahmenbedingungen

- (1) Die ergänzenden Angaben zu Rahmenbedingungen der Leistungserbringung sind diesem Vertrag als Anlage beigelegt.

¹ Wird gemäß Angebot des AN ergänzt.

- (2) Die Mengenangaben in den Preisblättern basieren auf Prognosen. Darüber hinaus liegen dem AG keine Erkenntnisse vor, die - abgesehen von den typischerweise auftretenden Schwankungen - eine wesentliche Änderung in den Mengengerüsten erwarten lassen. Der AN hat darüber hinaus die Möglichkeit, sich anhand der Angaben in den Anlagen selbst ein Bild des zukünftigen Gesamtszenarios zu machen. Mögliche Abweichungen der tatsächlichen Gewichtsmengen oder sonstigen Leistungsannahmen zu den Mengenaufkommen der Vergangenheit oder den vom AN selbst zu Grunde gelegten eigenen Prognosen oder den in den Preisblättern angegebenen Mengengerüsten bzw. sonstigen Leistungsannahmen allein berechtigen keinen der Vertragspartner dazu, eine Anpassung der Vergütung zu verlangen. Keinesfalls berechtigen Mengenabweichungen gegenüber den Angaben in den Preisblättern in einem Korridor von +/- 20 % die Vertragspartner zu einem Entgeltanpassungsverlangen. Diese Mengenschwankungen hat der AN auf jeden Fall in seine Angebotspreise einzukalkulieren. § 2 Nr. 3 VOL/B bleibt unberührt. Mengenabweichungen außerhalb des Korridors von +/- 20 % begründen dann einen Anspruch des einen Vertragspartners gegen den jeweils anderen Vertragspartner auf eine Anpassung der Entgelte, wenn die Mengenveränderung nachweislich die Kostenstruktur des AN wesentlich beeinflusst. Die Führung des Nachweises obliegt derjenigen Vertragspartei, die eine Entgeltanpassung begehrt.
- (3) Sollten nach Vertragsabschluss gesetzliche Vorschriften eingeführt, abgeschafft oder geändert werden, die die Leistungserbringung oder Teile der Leistungserbringung wesentlich beeinflussen, so hat jeder Vertragspartner Anspruch auf eine Anpassung der Entgelte ab dem Wirksamwerden einer der vorbezeichneten Maßnahmen. Der Umfang der Anpassung richtet sich danach, wie sich diese Maßnahme auf die Leistungen des AN nach diesem Vertrag auswirken. Ausgenommen hiervon sind Steuern von Einkommen und Ertrag, wie z. B. Körperschaftssteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbeertragssteuer, sowie zum Zeitpunkt der Angebotslegung erkennbare Kosten wie z. B. Mautgebühren für die Nutzung entsprechender Verkehrswege.

§ 4 Technisch-organisatorische Leistungsbeschreibung

(1) Begriffsdefinitionen

- (1.1) Die Fraktion **Altholz AI bis AIII bzw. Holz-Sperrabfall** beinhaltet u. a. Schränke, Regale, Truhen, Tische, Stühle, Schreibtische, Sprungrahmen sowie weitere verleimte und massive Möbel- und Holzteile. Es handelt sich um Altholz der Klassen A I bis III, welches unter die Abfallschlüsselnummer 17 02 01 gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfall-Verzeichnis-Verordnung- AVV) vom 12. Dezember 2001, BGBl. Teil 1, S. 3379, die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist, fällt.
- (1.2) Unter **Altreifen** sind PKW- und Zweiradreifen mit und ohne Felgen zu verstehen. Die Leistungen beziehen sich i. W. somit auf den Abfall mit der Abfallschlüsselnummer 16 01 03 (Abfallbezeichnung: Altreifen und Gummiprodukte) gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfall-Verzeichnis-Verordnung- AVV) vom 12. Dezember 2001, BGBl. Teil 1, S. 3379, die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist.
- (1.3) Bei der Fraktion **Flachglas** handelt es sich i. W. um Flachglas, Verbundglas, Drahtglas, Spiegelglas (ohne Anhaftungen), welches den Abfallschlüsselnummern 16 01 20 sowie 17 02 02 (Glas) gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfall-Verzeichnis-Verordnung- AVV) vom 12. Dezember 2001, BGBl. Teil 1, S. 3379, die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist.
- (1.4) Unter **Bauschutt** ist unbelasteter Bauschutt zu verstehen, der unter die Abfallschlüsselnummer 17 01 07 (Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter

- 17 01 06 fallen) gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfall-Verzeichnis-Verordnung- AVV) vom 12. Dezember 2001, BGBl. Teil 1, S. 3379, die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist, fällt.
- (1.5) Die Fraktion **Restabfall** beinhaltet Abfälle aus privaten Haushalten sowie hausmüllähnliche Gewerbeabfälle von Gewerbebetrieben. Die Leistungen beziehen sich somit auf die Abfälle der Abfallschlüsselnummer 20 03 99 (Abfallbezeichnung: Siedlungsabfälle a. n. g.) und auf die Abfallschlüsselnummer 20 03 01 (Abfallbezeichnung: gemischte Siedlungsabfälle) gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung - AVV) vom 10. Dez. 2001, BGBl. Teil I, S. 3379 die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist.
- (1.6) Unter **Rest-Sperrabfall** sind u. a. sperrige Abfälle aus überwiegend Kunst- und Verbundstoffen, wie z. B. Matratzen, Polstermöbel, Koffer, Teppiche, Wäschekörbe etc. zu verstehen. Die Leistungen beziehen sich somit auf die Abfälle der Abfallschlüsselnummer 20 03 07 (Abfallbezeichnung: Sperrmüll) gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung - AVV) vom 12. Dezember 2001, BGBl. Teil I, S. 3379, die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist.
- (1.7) Die Fraktion **Grünabfall** beinhaltet Garten- und Pflanzenabfälle aus privaten Haushalten, d.h. im Wesentlichen holz- und strauchartige Grünabfälle wie Äste, Baum- und Strauchschnitt. Die Leistungen beziehen sich somit auf die Abfälle der Abfallschlüsselnummer 20 02 01 (Abfallbezeichnung: Garten- und Parkabfälle) gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung - AVV) vom 10. Dez. 2001, BGBl. Teil I, S. 3379, die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist.
- (1.8) Bei den **Kunststoff-Folien** handelt es sich um transparente und farbige Folien und Einkaufstüten, Schrumpffolien, um Bücher und Möbel sowie weitere nicht verunreinigte PE/PP- Folien, etc. aus privaten Haushalten und landwirtschaftlicher Nutzung. Abfallschlüsselnummer 20 01 39 (Kunststoffe) gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfall-Verzeichnis-Verordnung- AVV) vom 12. Dezember 2001, BGBl. Teil 1, S. 3379, die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist.
- (1.9) Die Fraktion **Styropor** beinhaltet insbesondere weißes Verpackungsstyropor. Abfallschlüsselnummer 20 01 39 (Kunststoffe) gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfall-Verzeichnis-Verordnung- AVV) vom 12. Dezember 2001, BGBl. Teil 1, S. 3379, die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist.
- (1.10) Die Fraktion **Metallschrott** bzw. **Altmetallen** beinhaltet Spülen, Badewannen, Fahrräder, Heizkörper, Metallrebröhre, Gußteile, Töpfe, Kupferkabel, öl- und benzinfreie Tanks und Öfen sowie sonstige Produkte aus Kupfer, Blei, Messing und Blech aus privaten Haushalten. Die Leistungen beziehen sich somit auf die Abfälle der Abfallschlüsselnummer 20 01 40 (Abfallbezeichnung Siedlungsabfälle: Metalle) gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung – AVV) vom 10. Dez. 2001, BGBl. Teil I, S. 3379, die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist.
- (1.11) Unter der Fraktion **Gips** sind Baustoffe auf Gipsbasis u.a. aus Gipskarton (mit und ohne Anhaftungen), Heraklit (mit und ohne Anhaftungen), Gas- und Porenbetonsteinen, Gipssteinen, Putze, Mörtel etc. zu verstehen. Abfallschlüsselnummer 17 08 02 (Baustoffe auf Gipsbasis mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 08 01 fallen) gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfall-Verzeichnis-Verordnung- AVV) vom 12. Dezember 2001, BGBl. Teil 1, S. 3379, die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist.

- (1.12) Unter **Gestellung der Container** ist die dauerhafte Bereitstellung von Containern (Abroll- und Absetzcontainer verschiedener Größen) zur Erfassung der vertragsgegenständlichen Abfallfraktionen durch den AN zu verstehen.
- (1.13) Die **Abfuhr** umfasst alle Leistungen, die der AN mittels Fahrzeuge und Personal ausführt, um die o.g. Abfälle und Wertstoffe an den Recyclinghöfen aufzunehmen. Eingeschlossen sind somit das Aufnehmen, das Entleeren und Abstellen und/oder Wechseln von Containern/Behältnissen (voll gegen leer) sowie die entsprechenden Zwischenfahrten vom Recyclinghof zu den Transportzielen oder ggf. zum Betriebsstandort.
- (1.14) Der **Transport** ist Teil der Abfuhr und umfasst alle Leistungen der Raumüberwindung nach Aufnahme der befüllten Container für Abfälle und Wertstoffe zum Transportziel bzw. zur Entsorgungs-/Verwertungsanlage, das Abladen dort einschließlich sämtlicher Leerfahrten zurück. Dem AN ist es freigestellt wie er die logistische Ausführung des Abfalltransportes zum Transportziel gestaltet (z. B. durch Nutzung einer Umladestation etc.). Alle Kosten für die Anwendung des eigens gewählten Logistiksystems sind entsprechend in die Entgelte einzukalkulieren.
- (1.15) Der Begriff der **Entsorgung** umfasst sowohl die Verwertung als auch die Beseitigung von Abfällen.

(2) **Allgemeine Vorgaben Leistungserbringung**

(2.1) **Grundlagen der Entsorgungskonzeption**

Die Erfassung der vertragsgegenständlichen Fraktionen erfolgt an Recyclinghöfen des Landkreises über entsprechende Container und Säcke. Die Lage und Öffnungszeiten der Recyclinghöfe kann der Anlage 4 entnommen werden.

Die Anlieferungen, die durch die Nutzer des Entsorgungssystems erfolgen, sowie die Eingabe der vertragsgegenständlichen Fraktionen in die entsprechenden Container werden durch entsprechendes Betreuungspersonal überwacht.

Die erfassten Abfälle werden getrennt nach den in Abs. 1 benannten Fraktionen an den Recyclinghöfen zur Abfuhr durch den AN bereitgestellt.

(2.2) **Zeitliche Restriktionen und Vorgaben**

Die Abfuhr der Wertstoffe an den Recyclinghöfen erfolgt auf Abruf durch den AG i.d.R. telefonisch oder schriftlich (per Telefax oder E-Mail). Der AN hat in diesem Zusammenhang sicher zu stellen, dass er für den Erhalt der telefonischen Abrufaufträge zu den üblichen Geschäftszeiten - in Ausnahmefällen auch mittels Anrufbeantworter - telefonisch erreichbar ist. Die Abfuhr hat spätestens innerhalb von zwei Werktagen zu erfolgen. Die Recyclinghöfe können innerhalb und außerhalb der Öffnungszeiten angefahren werden. Die Recyclinghöfe Contwig, Waldfischbach-Burgalben und Hauenstein sind aufgrund ihrer Ortslage erst ab 7:00 Uhr anzufahren. Der AN kann hierfür von jedem Recyclinghof vom AG einen Schlüssel erhalten. Die Schlüssel sind sorgfältig aufzubewahren. Die Recyclinghöfe sind nach dem Verlassen ordnungsgemäß zu verschließen. Bei Verlust eines Schlüssels ist jeweils die komplette betreffende Schließanlage auf Kosten des AN auszutauschen. Eine weitergehende Konkretisierung bzgl. der Abfuhr der vertragsgegenständlichen Fraktionen von den Recyclinghöfen ist § 4 Abs. 3.2 zu entnehmen.

Im Übrigen gelten die Vorschriften der 32. BImSchV (32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung -).

(2.3) Anforderungen an Fahrzeuge, Maschinen und Anlagen

Der AN hat für die Leistungserbringung geeignete Fahrzeuge, Maschinen und Anlagen nach dem Stand der Technik einzusetzen, die allen arbeitsschutzrechtlichen, straßenverkehrsrechtlichen, versicherungsrechtlichen und sonstigen Vorschriften entsprechen, und die es ermöglichen, die vertragsgegenständlichen Leistungen vollumfänglich zu erbringen.

Der AG macht dem AN keine Vorgaben für die Verwendung eines bestimmten Fahrzeugsystems. Der AN hat jedoch für die Abfuhr und den Transport geeignete Fahrzeuge nach dem Stand der Technik einzusetzen, die allen arbeitsschutzrechtlichen, straßenverkehrsrechtlichen, versicherungsrechtlichen und sonstigen Vorschriften entsprechen, und die es ermöglichen, die bereitgestellten Abfälle bzw. Container problemlos an den Recyclinghöfen abzufahren.

Der AG fordert den Einsatz von umweltfreundlichen bzw. schadstoffarmen Fahrzeugen. Alle durch den AN zu Leistungsbeginn zur Leistungserbringung eingesetzten Fahrzeuge müssen daher mindestens die Anforderungen der Abgasnorm EURO 6 erfüllen.

Der AN hat zu gewährleisten, dass beim Transport zu den Transportzielen bzw. zu den Entsorgungs-/Verwertungsanlagen Transportfahrzeuge und Container eingesetzt werden, die die hierfür verlangten rechtlichen Vorgaben erfüllen.

(2.4) Verunreinigungen und Schäden

Der AN verpflichtet sich, insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass seine Bediensteten bei der gesamten Leistungserbringung darauf achten, dass nicht Abfälle auf dem Gelände des Wertstoffhofes, der Straße, dem Gehweg oder in der Straßenrinne verbleiben. Ggf. sind herabgefallene Abfälle direkt aufzukehren. Der AN hat Verunreinigungen, die durch den Betrieb sowie die Abfuhr entstehen, unverzüglich im Rahmen der Leistungserbringung zu beseitigen.

Schäden im Bereich des jeweiligen Recyclinghofes, die durch den AN im Rahmen der Abfuhr entstehen, sind vom AN dem AG umgehend zu melden und in Absprache mit dem AG zu beseitigen.

(2.5) Reklamationen

Eine nicht rechtzeitige, nicht vollständige oder nicht ordnungsgemäße Erfüllung der auszuführenden Leistung berechtigt den AG im Verhältnis zum AN zur Reklamation der festgestellten Mängel. Die Information des AN durch den AG erfolgt telefonisch, durch Übersendung per Telefax oder E-Mail.

Berechtigte Reklamationen muss der AN spätestens am auf den Eingangstag der Reklamationen beim AN folgenden Werktag beheben, erforderlichenfalls auch außerhalb des Tourenplans. Die Erledigung der Reklamation ist dem AG unverzüglich schriftlich per Telefax oder E-Mail mitzuteilen.

Soweit der AN berechtigte Reklamationen nicht innerhalb des vorgesehenen Zeitraums beheben hat, kann der AG die vertragliche Verpflichtung oder Leistung auf Kosten des AN selbst erbringen oder durch einen Dritten erbringen lassen.

(2.6) Erreichbarkeit des AN

Der AN hat sicher zu stellen, dass er Montag bis Freitag von 8:00 Uhr bis 17:00 Uhr sowie Samstag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr zu Zwecken der in Bezug auf die Vertragsausführung betreffenden Abstimmungen (Abruf von Abfahren, Anfragen zur Reklamationsbearbeitung, etc.) für den AG telefonisch, per Telefax als auch per E-Mail erreichbar ist.

(2.7) Personal

Ein Mitglied der Besatzung der Abfuhrfahrzeuge muss die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Der AN hat durch regelmäßige Kontrollen sicherzustellen, dass sein Personal die

Arbeitsschutz- und arbeitszeitrechtlichen, straßenverkehrsrechtlichen und sonstigen gesetzlichen Vorschriften einhält.

(2.8) Unterbrechungen

Unterbrechungen oder Verspätungen der geplanten Abfuhr von Containern an den Übernahmestellen sind dem AG unverzüglich bekannt zu geben. Sollte die Abfuhr aus vom AN zu vertretenden Gründen vorübergehend eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet sein, so ist diese vom AN nach vorhergehender Abstimmung mit dem AG unverzüglich in vollem Umfang nachzuholen.

(3) Containergestellung, Abfuhr bzw. Transport, Verwertung und Dokumentation

(3.1) Erfassung der Abfälle und Wertstoffe sowie Gestellung von Containern

Der AN hat die zur Erfassung und Abfuhr der Abfälle und Wertstoffe benötigten Container, gemäß den vertraglichen Vorgaben und der Beschreibung der jeweiligen Ausführung und Größe in den Preisblättern (Anlage 1) und der Anlage 4 in entsprechender Anzahl bereit zu stellen, wobei die genauen Standplätze der Container auf den Geländen der Recyclinghöfe durch den AG dauerhaft und bei Abfuhrvorgängen vorgegeben werden.

Die Container müssen in einwandfreiem Zustand sein und den allgemeinen sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln entsprechen. Für die Container ist die Prüfungsverpflichtung nach DGUV 214-017 sowie DGUV 214-087 bzw. Artikel 5 der Richtlinie 2009/104/EG einzuhalten.

Insbesondere müssen:

- die Containertüren und Deckel leicht von einer Person geöffnet und geschlossen werden können. Die Türen/Deckel dürfen nicht verzogen sein, der Schließmechanismus muss einwandfrei funktionieren. Die Deckel müssen sicher im geöffneten Zustand verbleiben;
- die Leitern an den Abrollcontainern müssen gefahrlos zu benutzen sein. Es dürfen weder Sprossen zerstört sein, noch darf die Leiter verzogen oder verdrückt sein;
- das optische Erscheinungsbild muss einen guten Eindruck machen. Container mit Rostlöchern, größeren Verbeulungen oder mehr als 20 % Lackschaden oder Rostanteil werden abgewiesen.

An dieser Stelle wird ausdrücklich auf die Vertragsstrafenregelung nach § 13 Abs. 3.2 verwiesen.

Die Fraktion Styropor wird in vom AG eigens beschafften Kunststoffsäcken erfasst und zur Abfuhr bereitgestellt.

(3.2) Abfuhr bzw. Transport der vertragsgegenständlichen Fraktionen

Die Abfuhr der Container und – im Falle von Styropor – der Kunststoffsäcke hat gem. der Vorgaben des vorliegenden Vertrages auf Abruf zu erfolgen. Der AN tauscht dabei unter Befolgung der Anweisungen des Betriebspersonals der Recyclinghöfe die Container voll gegen leer bzw. nimmt die bereitgestellten Abfälle in Kunststoffsäcken auf und transportiert die vertragsgegenständlichen Fraktionen zu folgenden Transportzielen und lädt sie während der Öffnungszeiten dort ab:

Fraktion	Transportziel
Altholz bzw. Holz-Sperrabfall	eigens vom AN gewählte Entsorgungs- bzw. Verwertungsanlagen
Altmittel	eigens vom AN gewählte Entsorgungs- bzw. Verwertungsanlagen

Altreifen	eigens vom AN gewählte Entsorgungs- bzw. Verwertungsanlagen
Flachglas	eigens vom AN gewählte Entsorgungs- bzw. Verwertungsanlagen
Kunststoff-Folien	eigens vom AN gewählte Entsorgungs- bzw. Verwertungsanlagen
Styropor	eigens vom AN gewählte Entsorgungs- bzw. Verwertungsanlagen
Gips	eigens vom AN gewählte Entsorgungs- bzw. Verwertungsanlagen
Restabfall, Rest-Sperrabfall	siehe Anlage 4
Grünabfall	siehe Anlage 4
Bauschutt	<p>Bis 31.12.2027: siehe Anlage 4</p> <p>Ab 01.01.2028: Das Transportziel für Bauschutt wird sich an einem Standort im Kreisgebiet oder in einer maximalen Entfernung von 40 km von der nächst gelegenen Kreisgrenze, gemessen auf der kürzesten, für schwere LKW zugelassenen Wegstrecke, befinden. Der genaue Standort steht derzeit noch nicht fest und wird dem AN rechtzeitig vor Leistungsbeginn vom AG bekannt gegeben. Beim Abladen von Bauschutt sind die Öffnungszeiten der vom AG noch zu benennenden Abladestelle zu beachten. Diese sind Montag bis Freitag von 08:00 Uhr bis 17:00 Uhr.</p>

Bei der Anlieferung an dem/den Transportziel/en sind mittels Voll- und Leerverwiegung Wiegescheine zu erstellen, die dem AG zusammen mit der monatlichen Abrechnung vorzulegen sind.

Zusätzlich für die Anlieferungen beim MHKW Pirmasens erhält der AN vom AG mit Vertragsbeginn ein Registerblatt (Abfallpass), der vom AN bei jeder Anlieferung zum MHKW bei Einfahrt vorzuzeigen ist.

Mit Beladung seiner Fahrzeuge bzw. der Übernahme der vertragsgegenständlichen Fraktionen an der jeweiligen Übernahmestelle gehen Eigentum, Gefahr und die Verkehrssicherungspflicht für den Transport und die Verwertung bzw. Beseitigung auf den AN über.

Für die Abfuhr der Container bzw. je Abfuhrvorgang von zwei Containern (Hängerzug) oder je Abfuhrvorgang der Säcke erhält der AN vom AG ein Entgelt je Abfuhrvorgang. Die Anzahl der Abfuhrvorgänge ist dem Wertungsmengengerüst der Preisblätter zu entnehmen.

(3.3) Entsorgung bzw. Verwertung einzelner Fraktionen durch den AN

Die vertragsgegenständlichen Fraktionen, für die sich der AN hinsichtlich der Entsorgung bzw. Verwertung und Beseitigung verantwortlich zeichnet, hat der AN einer ordnungsgemäßen Entsorgung d.h. stofflichen Verwertung und/oder Beseitigung zuzuführen.

Die ordnungsgemäße Verwertung und Beseitigung muss in dauerhaft hierzu öffentlich-rechtlich genehmigten Anlagen erfolgen. Alle maßgeblichen gesetzlichen und untergesetzlichen Vorschriften sind zwingend durch den AN einzuhalten. Der AN ist verpflichtet, Änderungen über Ort, Verfahrenstechnik und Kapazitäten der bedienten Verwertungs- bzw. Erstbehandlungsanlage/n dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Ohne vorherige Zustimmung des AG darf er

Änderungen nicht vornehmen. Der AG darf die Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern. Eine Preisanpassung kann im Falle der Bedienung anderer als der im Angebot des AN benannten Anlagen vom AN nicht verlangt werden.

Der AG übernimmt keine Garantie für die genaue Zusammensetzung der vertragsgegenständlichen Fraktionen. Der AN muss die Zusammensetzung auch aus eigener Fachkunde einschätzen. Tatsächliche Abweichungen von der Einschätzung des AN berechtigen nicht zu einer Preisanpassung. Der AN sollte sich vor Erstellung seines Angebotes zu den Öffnungszeiten der Recyclinghöfe ein Bild vor Ort machen.

Eine weitere Veredelung oder sonstige Aufbereitungsmaßnahmen in Bezug auf die einzelnen Fraktionen sind NICHT Gegenstand der geforderten Leistungen. Gleichwohl hat der AN das Recht, nach seinem eigenen wirtschaftlichen Ermessen weitere Aufbereitungs- und Veredelungsschritte vorzunehmen, um den größtmöglichen Erlös aus der Überlassung der Fraktionen an einen oder mehrere Verwerter zu erzielen. Der AN erhält keine Vergütung für die ggf. stattfindende Aufbereitung und/oder Veredelung der Fraktionen.

Der AN gewährt dem AG nach vorheriger Anmeldung beim AN ein Besichtigungsrecht für die genutzte/n Behandlungs-, Verwertungs- und Beseitigungsanlage/n, soweit der AN selbst Eigentümer oder Betreiber der Anlagen ist. Im Fall der Nutzung von Anlagen von Unterauftragnehmern wird der AN für den AG ein entsprechendes Recht vereinbaren. Zusätzlich gewährt der AN dem AG zu jeder Zeit Einsicht in alle mit der Leistungserbringung in Zusammenhang stehenden Wiegeprotokolle.

Für die Entsorgung erhält der AN vom AG ein Entgelt oder ggf. der AG vom AN eine Vergütung in Euro je Megagramm. Die zu entsorgende Tonnage, nach Einzelfraktionen getrennt, ist dem Wertungsmengengerüst der Preisblätter zu entnehmen.

(4) Stoffstromlenkung und Dokumentation der Leistungen zur Erfassung, Abfuhr und Entsorgung bzw. Verwertung

Der AN ist dazu verpflichtet, dem AG monatlich, spätestens bis 15. des Folgemonats eine Auflistung in EDV- verarbeitbarer Form (EXCEL- Liste) zu übergeben, die den Mengenstrom in Form der Auflistung der benannten Mengen und Teilfraktionen je Anlage bzw. Einrichtung dokumentiert. Insbesondere sind die Angaben zu Abfuhrvorgängen, Anzahl der Container sowie der Entsorgung zugeführten Mengen entsprechend getrennt nach Fraktionen zu dokumentieren (siehe u. a. auch § 9).

Die Verwiegung hat im Rahmen der Leistungsausführung immer auf einer geeichten Wiegeeinrichtung stattzufinden. Die Wiegeprotokolle sind der monatlichen Abrechnung beizufügen und dienen zur Mengenkontrolle und zu Abrechnungszwecken (siehe auch § 9).

Der AN hat ebenfalls alle Leistungen im Zusammenhang mit der abfallrechtlichen Nachweisführung durchzuführen und die Kosten hierfür in seine Preise einzukalkulieren.

§ 5 Pflichten des AN

(1) Der AN verpflichtet sich dem AG spätestens vier Wochen nach Erteilung des Zuschlags eine Urkalkulation zu übergeben.

Die Urkalkulation muss den Anforderungen des deutschen Preisrechts entsprechen, insbesondere die VO PR 30/53 und die LSP (Leitsätze zur Ermittlung von Selbstkostenpreisen) ist zu berücksichtigen. Die Urkalkulation ist nach einzelnen Leistungsbestandteilen zu differenzieren.

- (2) Der AN verpflichtet sich, sämtliche notwendigen Maßnahmen durchzuführen, um die in diesem Vertrag beschriebenen Leistungspflichten zu erfüllen. Er hat zur Sicherstellung seiner Leistungserbringung die notwendigen technischen Voraussetzungen zu treffen, um eine den anerkannten Regeln der Technik entsprechende, insbesondere staubfreie, auslaufsichere, lärm- und geruchsreduzierte und umweltschonende Leistungserbringung zu gewährleisten. Er hat in eigener Verantwortung die zur Vertragserfüllung gegebenenfalls erforderlichen Spezialmaschinen anzuschaffen oder bereitzustellen.
- (3) Der AN verpflichtet sich ggf. zur Zahlung der Vergütung gemäß § 8 unter Berücksichtigung der Regelungen in § 9.
- (4) Der AN ist verpflichtet, auf sämtliche Mängelanzeigen des AG binnen einer Frist von maximal zwei Werktagen zu reagieren und den AG hierüber unverzüglich zu informieren, sofern an anderer Stelle nichts Abweichendes geregelt ist. Im Falle einer berechtigten Mängelanzeige hat der AN unverzüglich Abhilfe zu schaffen und den AG unverzüglich hierüber zu informieren.
- (5) Der AN hat das für die Vertragserfüllung erforderliche Personal zu stellen und dieses in regelmäßigen Abständen bedarfsgerecht fachlich zu schulen.
- (6) Der AN verpflichtet sich, seinen Betrieb so einzurichten, dass er in der Lage ist, den sich gegebenenfalls verändernden betriebstechnischen Anforderungen und/oder Mengenaufkommen im Gebiet des AG zu jedem Zeitpunkt der Vertragserfüllung zu entsprechen.
- (7) Der AN ist für die Erfüllung der arbeitsrechtlichen, polizeilichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinem Personal allein verantwortlich. Er hat die Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes einzuhalten. Dem AN obliegt die Verkehrssicherungspflicht für alle im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehenden Tätigkeiten.
- (8) Der AN verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass seine Bediensteten sich im Dienst ordnungsgemäß verhalten und mit einer ordentlichen, witterungsgerechten und den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften entsprechenden Arbeitskleidung ihren Dienst pflichtbewusst verrichten. Auf Ersuchen des AG soll der AN offenbar ungeeignetes Personal nicht mehr einsetzen.
- (9) Alle für den Betrieb gegebenenfalls erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen hat der AN, soweit sie nicht bereits vorliegen, unverzüglich zu beantragen, diese dem AG in Kopie vorzulegen und während der gesamten Vertragsdauer aufrecht zu erhalten. Erlischt eine dem AN erteilte öffentlich-rechtliche Genehmigung – gleich aus welchem Grunde – so hat der AN dies dem AG unverzüglich anzuzeigen. Die Verpflichtung zu einem genehmigungskonformen Betrieb bleibt unberührt.
- (10) Der AN verpflichtet sich, zwei deutschsprachige Personen (darunter der Betriebsleiter) zu benennen, die dem AG als ständige Ansprechpartner bei Mängeln oder Anfragen zur Verfügung stehen. Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass mindestens einer der beiden Ansprechpartner arbeitstäglich während der üblichen Geschäftszeiten erreichbar ist.
- (11) Die Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Vorschriften schuldet der AN auch vertraglich gegenüber dem AG.
- (12) Der AN darf Daten, insbesondere personengebundene Daten, und Informationen, die er aufgrund dieses Vertrages erlangt, nicht an Dritte weitergeben. Er darf derartige Daten und Informationen nur zu der Erfüllung der ihm nach diesem Vertrag obliegenden Verpflichtungen nutzen und verwenden.
- (13) Holt der AN die bereitgestellten Mengen nicht gemäß der Bereitstellungsmeldung des AG ab, so ist der AG nach einer angemessenen Nachfristsetzung berechtigt, einen Dritten mit der Abholung und Verwertung zu beauftragen. Für etwaige Mindereinnahmen bzw. Zusatzkosten des AG haftet der AN vollumfänglich.

§ 6 Rechte und Pflichten des AG

- (1) Der AG verpflichtet sich zur Zahlung der Entgelte gemäß § 8 unter Berücksichtigung der Regelungen in § 9.
- (2) Der AG unterrichtet den AN rechtzeitig, wenn dem AG Umstände bekannt werden, die für die Leistungserbringung von Bedeutung sein können.
- (3) Der AG ist berechtigt, im Einzelfall selbst oder durch seine Beauftragten, die dem AN übertragenen Leistungen zu überwachen und unaufschiebbar notwendige Anordnungen gegenüber dem AN und in Einzelfällen gegenüber dessen Bediensteten zu treffen. Werden Anordnungen mit fortdauernder Wirkung getroffen, so sind diese dem AN alsbald schriftlich mitzuteilen.
- (4) Soweit Bekanntmachungen aus diesem Vertrag an die Benutzer der öffentlichen Abfallentsorgung notwendig sind, erfolgen diese ausschließlich durch den AG.
- (5) Der AG stellt dem AN alle diejenigen bei ihm verfügbaren Informationen auf Anforderung zur Verfügung, die der AN für die ordnungsgemäße Erfüllung seiner Leistungspflichten benötigt.

§ 7 Pflichtverletzungen des AN, Versicherung, Höhere Gewalt

- (1) Die Haftung für Pflichtverletzungen richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und den Bestimmungen der VOL/B, sofern in diesem Vertrag keine anderen Regelungen getroffen werden.
- (2) Der AN verpflichtet sich, zur Abdeckung der Haftungsrisiken eine entsprechende Haftpflichtversicherung abzuschließen. Die Deckungssummen je Schadensfall müssen mindestens betragen:
 - für Personenschäden EUR 2,5 Mio.,
 - für Sachschäden EUR 1 Mio.
- (3) Der AN ist verpflichtet, dem AG das Bestehen der in Absatz 2 benannten Versicherung mit den vorgegebenen Deckungssummen vor Leistungsbeginn nachzuweisen. Der Fortbestand des Versicherungsschutzes ist dem AG jährlich auf dessen Verlangen hin nachzuweisen.
- (4) Der AG ist über Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages entstehen, unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
- (5) Von Ansprüchen Dritter, die gegenüber dem AG wegen Schäden erhoben werden, die der AN bei der oder infolge der Leistungserbringung verursacht hat, hat der AN den AG auf erstes Anfordern hin freizustellen. Gleiches gilt für etwaige eigene Prozess- und/oder Rechtsanwaltskosten.
- (6) Ist der AN durch höhere Gewalt, insbesondere Krieg, kriegsähnliche Ereignisse, Epidemien, Pandemien, Seuchen, Quarantäneanordnungen, Engpässen in der Energieversorgung oder Naturkatastrophen an der Erfüllung seiner Leistungsverpflichtungen gehindert, so ruhen bis zum Wegfall des ursächlichen Ereignisses die wechselseitigen Pflichten zur Vertragserfüllung. Der AN hat seine Verhinderung und den Verhinderungsgrund und deren Wegfall dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Streiks und Aussperrungen gelten nicht als Fälle höherer Gewalt. Ob die unterbliebenen Leistungen nach Wegfall der höheren Gewalt nachgeholt bzw. alternative Möglichkeiten erschlossen werden, entscheiden die Vertragspartner im gegenseitigen Einvernehmen. Sofern der AN die vom AG geschaffenen, alternativen Möglichkeiten zur Leistungserbringung nicht wahrnehmen kann, ist der AG berechtigt, die Leistungen ganz oder teilweise auf eigene Kosten auszuführen oder von Dritten ausführen zu lassen.
- (7) Ist die Leistungserbringung witterungsbedingt derart eingeschränkt, dass an einzelnen Arbeitstagen die Recyclinghöfe nicht angefahren werden können, ist der AN verpflichtet, die Leistung

unmittelbar und unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb des nächsten Werktages nach Wegfall des witterungsbedingten Hindernisses, nachzuholen. Der AG ist unverzüglich und fortlaufend über den Stand der Leistungserbringung und die eingeleiteten Maßnahmen zu informieren.

- (8) Kommt der AN aus einem Grunde, den er zu vertreten hat, seinen Leistungspflichten ganz oder teilweise nicht nach, so kann der AG nach erfolglosem Ablauf einer von ihm schriftlich gesetzten Frist von zwei Werktagen die jeweilige Leistung in eigener Regie ausführen oder von Dritten ausführen lassen. Der AN haftet für die Kosten einer solchen Ersatzvornahme vollumfänglich.

§ 8 Entgelte

- (1) Für die Leistungen des AN zahlt der AG ein Entgelt. Die Entgelte bemessen sich nach dem bezuschlagten Angebot des AN. Die entsprechend ausgefüllten Preisblätter des AN aus seinem Angebot sind verbindlich und werden diesem Vertrag als Anlage 1 beigelegt.
- (2) Zu allen in den Preisblättern aufgeführten Netto-Entgelten ist ggf. die jeweils geltende Mehrwertsteuer zu addieren.
- (3) Der AN hat bei der Kalkulation seiner Entgelte alle relevanten Umstände, wie z.B. die Abgaben nach BEHG zu berücksichtigen.
- (4) Die Einhaltung der Grundsätze zum tauschähnlichen Umsatz obliegt allein dem AN. Sofern also werthaltige Abfälle Gegenstand dieses Vertrages sind, hat der AN dafür Sorge zu tragen, dass die MwSt. korrekt ausgewiesen und abgeführt wird, auch wenn nur ein Gesamtpreis angeboten ist.
- (5) Die Preisvereinbarung dieses Vertrages unterliegt den Bestimmungen der jeweils geltenden Fassung der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und ggf. einer Preisprüfung. Die in diesem Vertrag vereinbarten Preise gelten als Marktpreise im Sinne der o.a. Verordnung, soweit nicht in dem Vertrag ausdrücklich ein anderer Preistyp angegeben ist.
- (6) Mit der Annahme des Auftrags ist der AN verpflichtet, der zuständigen Preisbehörde auf Verlangen nachzuweisen, dass es sich um einen Marktpreis handelt. Kann aufgrund der Preisprüfung ein Marktpreis nicht festgestellt werden, gilt der vereinbarte Preis als Selbstkostenpreis im Sinne der entsprechenden Preisverordnung. Der AN ist in diesem Fall verpflichtet, in Zusammenarbeit mit der Preisbehörde nach den Vorschriften der LSP-Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten einen Selbstkostenfestpreis, Selbstkostenrichtpreis oder Selbstkostenerstattungspreis zu ermitteln und abzurechnen. Bei der Abrechnung zu Selbstkosten wird zur Abgeltung des kalkulatorischen Gewinns ein Satz für höchstens 5 v.H. der Netto-Selbstkosten als angemessen betrachtet. Eine Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals von 6,5 v.H. darf nicht überschritten werden.
- (7) Sofern sich die Preise aufgrund einer Prüfung nach der Verordnung PR- Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen als unzulässig erweisen, so gilt für die Vergütung jeweils der preisrechtlich zulässige Preis.

§ 9 Abrechnung

- (1) Die Entgelte für die Leistungen aus diesem Vertrag sind in ordnungsgemäßer und prüffähiger Form aufgrund des Umfangs der im Vormonat erbrachten Leistungen monatlich nachgängig digital in Rechnung zu stellen. Dabei ist ggf. zwischen Rechnung und Gutschrift zu differenzieren. Bis zum 15. des jeweiligen Folgemonats hat der AN dem AG die Rechnung/Gutschrift für die erbrachten Leistungen in ordnungsgemäßer und prüffähiger Form in einfacher Ausführung unter Beifügung der chronologisch durchnummerierten Leistungsnachweise (in einfacher Ausfertigung) zu übersenden. Als Leistungsnachweis sind die Wiegeprotokolle vorzulegen. Abgesehen

von dem Entgelt für die Containergestellung ist die Abrechnung ebenfalls je abgeholtem bzw. abgefahrenem Container oder Transportvorgang aufzugliedern.

- (2) Im Rahmen der monatlich nachgängigen Leistungsabrechnung hat der AN dem AG eine Aufstellung der jeweiligen Leistungen in dem Format einer mit dem AG vorab abgestimmten EXCEL-Tabelle mit einem Vorlauf von drei Tagen vor Absenden der Rechnung per E-Mail zu übermitteln. Insbesondere sind die Angaben zur Tonnage der übernommenen und den Transportzielen zugeführten Mengen entsprechend getrennt nach Fraktionen zu dokumentieren. Die Zusammenstellung muss mindestens folgende Angaben beinhalten: Datum, Fraktion, Kfz-Kennzeichen des Fahrzeuges, Containeranzahl/Containergröße, Brutto/Tara Gewicht, Lademenge, Anzahl der Abfuhr, Transportziel. Diese Angaben müssen auf der Rechnung enthalten sein und mit den Wiegeprotokollen nachgewiesen werden.
- (3) Für die Zahlung der Entgelte gelten folgende Abrechnungsgrundlagen:
 - (3.1) Als Abrechnungsgrundlage für die Gestellung der Container ist jeweils der monatliche Endbestand an Containern im jeweiligen Abrechnungsmonat auf Basis der Daten des AG maßgeblich.
 - (3.2) Abrechnungsgrundlage für Abfuhr der Abfälle und Wertstoffe ist die Anzahl der entsprechend durch den AG veranlassten Vorgänge.
 - (3.3) Abrechnungsgrundlage für die Entsorgung bzw. Verwertung der Abfälle und Wertstoffe sind die monatlichen Wiegedaten der durch den AN zu wählenden Transportziele bzw. Entsorgungs-/Verwertungsanlagen. Die Abrechnung für die Leistungen zur Verwertung des Holz-Sperrmüll erfolgt in Abhängigkeit des in der Zeitschrift „EUWID Recycling und Entsorgung“ veröffentlichten Verwerter-Ankaufspreis für Altholz, behandeltes Altholz vorgebrochen (0-300 mm), Region Süden, oberer Wert nach näherer Maßgabe der Preisanpassungsformel in § 10 Abs. 2.
- (4) Nach Eingang einer ordnungsgemäßen und prüffähigen Rechnung inkl. der geforderten Anlagen des AN beim AG ist die Zahlung bargeldlos innerhalb von 21 Tagen auf das durch den AN zu benennende Konto eines im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kreditinstitutes zu bewirken.
- (5) Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Hingabe oder Absendung des Überweisungsauftrages an das beauftragte Geldinstitut.
- (6) Der AN ist nicht berechtigt, seine Forderungen gegen den AG ohne dessen vorherige schriftliche Zustimmung abzutreten.

§ 10 Preisanpassung

- (1) Beide Parteien sind berechtigt rückwirkend, jeweils zum 1. Januar eines Jahres - erstmals zum 01.01.2028 – bei nachweisbar veränderten Kosten, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, eine Anpassung der Entgelte mit Ausnahme der Entgelte/Vergütungen für die Entsorgung bzw. Verwertung von Abfällen, Altmittel sowie für die Containergestellung zu fordern.

Die Neufestsetzung der Entgelte für die Abfuhr und den Transport von den vertragsgegenständlichen Abfällen erfolgt auf Grund einer prognostizierten Kostenstruktur, die

- Fixkosten zu 25 %,
- Lohn- und Lohnnebenkosten zu 40 %,
- Treibstoffkosten zu 15 % und
- Fahrzeugkosten zu 20 %

gem. der nachfolgenden Formel berücksichtigt:

Formel: $P = P_0 \times (0,40 \times L/L_0 + 0,15 \times D/D_0 + 0,20 \times F/F_0 + 0,25)$

Legende: P = Entgelt zum Anpassungszeitpunkt
(1. Januar des jeweiligen Jahres)

P_0 = Ursprüngliche Entgelthöhe (Angebotspreis aus der Ausschreibung [Preisblatt] und immer Basis für die Errechnung der Preisanpassung)

L = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der tariflichen Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen (Basis 2020=100), Code 62221-0001, WZ08-38-01 Recycling, Beseitigung von Umweltverschmutzungen, zum Januar des jeweiligen Jahres (Durchschnittswert des vergangenen Jahres)

L_0 = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der tariflichen Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen (Basis 2020=100), Code 62221-0001, WZ08-38-01 Recycling, Beseitigung von Umweltverschmutzungen, Durchschnittswert für das Jahr 2025

D = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Basis 2021=100), Dieselmotorkraftstoff bei Abgabe an Großverbraucher, Code 61241-0003, GP19-1920260052, zum Januar des jeweiligen Jahres (Durchschnittswert des vergangenen Jahres)

D_0 = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Basis 2021=100), Dieselmotorkraftstoff bei Abgabe an Großverbraucher, Code 61241-0003, GP19-1920260052, Durchschnittswert für das Jahr 2025

F = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Basis 2021=100), Lkw mit Kolbenverbrennungsmotor mit Selbstzündung, Code 61241-0003, GP19-291041, zum Januar des jeweiligen Jahres (Durchschnittswert des vergangenen Jahres)

F_0 = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Basis 2021=100), Lkw mit Kolbenverbrennungsmotor mit Selbstzündung, Code 61241-0003, GP19-291041, Durchschnittswert für das Jahr 2025

Anmerkung: Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gibt die durchschnittliche Entwicklung der Indizes in Bezug auf das Jahr (Durchschnittswert) im Januar des darauffolgenden Jahres bekannt. In Einzelfällen kann die Veröffentlichung auch im Februar oder März erfolgen.

- (2) Die Neufestsetzung des Entgelts/der Vergütung für die Verwertung von Holz-Sperrmüll, erfolgt in Abhängigkeit des jeweils in der Zeitschrift „EUWID Recycling und Entsorgung“ veröffentlichten Verwerter-Ankaufspreis für Altholz, behandeltes Altholz vorgebrochen (0 - 300 mm), Region Süden, oberer Wert. Zum Leistungsbeginn ist der entsprechende EUWID Wert für den Oktober 2026 maßgeblich. Sobald ein neuer entsprechender EUWID Wert veröffentlicht wird, ist dieser ab dem der Veröffentlichung nachfolgenden Monat maßgeblich. Der entsprechend gültige obere EUWID- Wert ist zu Dokumentationszwecken regelmäßig mit Abrechnung der Leistungen vorzulegen.

Beispiel: Hat der AN einen Abschlag vom EUWID in Höhe von 5 EURO angeboten und beträgt der EUWID Wert für die maßgebliche Abrechnungsperiode 8 EURO, so hat der AN 3 EURO an den AG zu erstatten. Hat der AN einen Abschlag vom EUWID in Höhe von 5 EURO angeboten

und beträgt der EUWID Wert für die maßgebliche Abrechnungsperiode 3 EURO, so hat der AG 2 EURO an den AN zu vergüten.

Hat der AN einen Zuschlag zum EUWID in Höhe von 4 EURO angeboten und beträgt der EUWID Wert für die maßgebliche Abrechnungsperiode 6 EURO, so hat der AN 10 EURO an den AG zu erstatten. Hat der AN einen Zuschlag zum EUWID in Höhe von 2 EURO angeboten und beträgt der EUWID Wert für die maßgebliche Abrechnungsperiode - 3 EURO, so hat der AG einen EURO an den AN zu erstatten.

- (3) Das Anpassungsverlangen nach Abs. 1 muss dem Vertragspartner spätestens drei Monate nach dem möglichen Änderungstermin schriftlich und unter Beifügung einer nachvollziehbaren Berechnung sowie der dazugehörigen Berechnungsgrundlage zugehen. Die Mitteilung muss enthalten, um welchen Prozentsatz das jeweilige Entgelt verändert werden soll. Bei einer nicht rechtzeitigen Anmeldung der Preisanpassung ist das Recht zur Preisanpassung für das jeweilige Vertragsjahr verwirkt.
- (4) Eine Anpassung kann nur verlangt werden, wenn sich auf der Grundlage der Berechnungsformel nach Abs. 1 eine Veränderung der Entgelte für die insgesamt zu erbringenden Leistungen gegenüber den zuletzt vereinbarten Entgelten von mehr als 2 % ergibt (Hinweis: Da Vergleichsgrundlage immer das zuletzt vereinbarte und geltende Entgelt ist, kann eine Preisanpassung immer dann verlangt werden, wenn gegenüber diesem Entgelt eine Veränderung von mehr als 2 % aufgetreten ist. Nicht notwendig ist also, dass gegenüber dem jeweiligen Vorjahr eine Veränderung von mehr als 2 % aufgetreten ist.).
- (5) Nach Umbasierung durch das Statistische Bundesamt ersetzen die neu berechneten Indizes auf der Grundlage der neuen Gewichtung die vorher auf der alten Basis ermittelten Preisindizes, die mit der Umbasierung ihre Gültigkeit verlieren.
- (6) Die Vertragspartner unterstellen, dass die Preisanpassungsformeln nach dem Preisklauselgesetz wirksam sind. Sollte sich diese Einschätzung als unrichtig erweisen, sind die Vertragspartner verpflichtet, die jeweils unwirksame Klausel durch eine zulässige Klausel zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Ziel der Vertragspartner möglichst nahekommt.

§ 11 Vertragsänderungen, Rechtsnachfolge

- (1) Der AN verpflichtet sich zur Fortführung des Vertrages auch dann, wenn die Entsorgungspflicht ganz oder teilweise auf eine andere juristische Person übergeht oder der AG einen Dritten, an dem der AG mehrheitlich beteiligt ist, mit der Durchführung seiner Entsorgungspflicht beauftragt. Der AN stimmt daher bereits jetzt unwiderruflich einer Vertragsfortführung unter unveränderten Vertragsbedingungen mit dem neuen Aufgabenträger zu.
- (2) Bei Änderungen des Entsorgungssystems aufgrund von Satzungsänderungen oder anderer Beschlüsse von Organen des AG, die die in diesem Vertrag aufgeführten Leistungen des AN verändern oder zum Wegfall von Leistungen führen, werden sich beide Vertragspartner um eine Vertragsanpassung bemühen, sofern dies vergaberechtlich zulässig ist. Gleiches gilt für Systemänderungen aufgrund oder infolge geänderter rechtlicher Bestimmungen. Auf die in diesen Fällen vom AG neu festzulegende Leistung wird der AN einen Preis unter weitest möglichem Rückgriff auf die beim AG hinterlegte Urkalkulation benennen. Sodann ist Einvernehmen über die neuen Entgelte zwischen den Vertragspartnern zu erzielen. Auf Verlangen des AG muss der AN zusätzlich eine Preisbildungsübersicht in prüffähiger Form vorlegen. Kann vor Beginn der geänderten Leistung kein Einvernehmen über eine Entgeltanpassung erzielt werden, so hat der AG das Recht, die Durchführung der geänderten oder neuen Leistung im Rahmen der vergaberechtlich zulässigen Grenze festzulegen, soweit die Durchführung der geänderten oder neuen Leistung für den AN nicht unzumutbar ist. Auf § 19 Nr. 3 VOL/B wird hingewiesen.

- (3) Der AG ist in allen Fällen der Verhandlungen über eine Vertragsanpassung, insbesondere bei einem Verlangen auf eine Anpassung der Entgelte, berechtigt, im Beisein des AN Einblick in die Urkalkulation des AN zu nehmen.
- (4) Vor der Übertragung der Gesellschaft des Unternehmers auf einen Rechtsnachfolger, auch infolge von Umwandlungsvorgängen nach dem UmwG, ist die Zustimmung des AG einzuholen. Die Zustimmungspflicht gilt auch bei Veränderungen in der Gesellschafterstruktur des Unternehmers, die dem AG stets mitzuteilen ist. Der AG kann nur in begründeten Fällen seine Zustimmung verweigern.

§ 12 Sicherheit, Bürgschaft

- (1) Der AN hat eine Sicherheit für die ordnungsgemäße Vertragserfüllung einschließlich Abrechnung, Gewährleistung und Schadensersatz sowie Erstattung von Überzahlungen in Höhe von 5 % der jährlichen Nettoauftragssumme gem. den Wertungsmengengerüsten des Preisblattes zu leisten und über die Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten.
- (2) Die Sicherheit kann erbracht werden durch Übergabe der Bürgschaftserklärung eines in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstitutes gemäß dem diesen Vertrag beiliegenden Muster. Die Sicherheit ist spätestens 14 Tage nach Erteilung des Zuschlags im Vergabeverfahren zu leisten.
- (3) Die Sicherheit wird dem AN 3 Monate nach vollständiger Erfüllung der Leistungen aus diesem Vertrag zurückgegeben, sofern bis zu diesem Zeitpunkt alle Ansprüche des AG erfüllt sind.

§ 13 Vertragsstrafe

- (1) Für die vereinbarten Vertragsstrafen gelten die §§ 339 bis 345 BGB, sofern sich aus den nachfolgenden Regelungen keine Abweichungen ergeben. Die Vertragsstrafen haben den Zweck, die Erfüllung der Pflichten aus diesem Vertrag zu sichern. Die Vertragsstrafen sind nicht verwirkt, wenn der AN eine Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat; die Beweislast für das Nichtvertretenmüssen trägt der AN.
- (2) Erbringt der AN die ihm vertraglich obliegende Leistung ganz oder teilweise nicht, so ist der AG berechtigt, dem AN eine Vertragsstrafe in Rechnung zu stellen.
- (3) Insbesondere ist eine Vertragsstrafe in den nachfolgenden Fällen verwirkt:
 - (3.1) Werden Aufgaben ohne die erforderliche Zustimmung des AG auf Dritte übertragen, ist der AG berechtigt, für jede angefangene Woche der Leistungserfüllung durch Dritte eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 500,-- festzusetzen.
 - (3.2) Bei einer Bereitstellung von Containern, die nicht den Standards wie in § 4 beschrieben entsprechen, ist der AG berechtigt, in jedem Einzelfall eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 200,-- festzusetzen; außerdem ist der AN verpflichtet den nicht dem beschriebenen Standard entsprechenden Container unverzüglich auszutauschen bzw. gegen einen Container des entsprechend definierten Standard zu tauschen.
 - (3.3) Holt der AN Abfälle bzw. Wertstoffe trotz erfolgter Bereitstellungsmeldung durch den AG nicht innerhalb einer Nachfrist von einem Werktag ab, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 250,-- pro Werktag festzusetzen, bis der AN die Abholung nachholt oder der AG eine Ersatzvornahme tätigt. § 5 Abs. 13 bleibt unberührt.
 - (3.4) Verletzt der AN seine Pflicht zur Dokumentation über die übernommenen Abfälle (siehe § 4 und § 9), ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 250,-- je Einzelfall festzusetzen.

- (3.5) Verstößt der AN gegen die Vorgabe der Gewährung eines Besichtigungsrechtes für den AG laut § 4 Abs. 3.3, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 300,-- je Einzelfall festzusetzen.
- (3.6) Beseitigt der AN etwaige bei der Leistungserbringung entstandene Verunreinigungen nicht unverzüglich, ist der AG berechtigt, in jedem Einzelfall eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 100,-- festzusetzen.
- (3.7) Bei nicht fristgerechter Übermittlung von Daten durch den AN, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 200,-- pro Einzelfall festzusetzen.
- (3.8) Stellt sich im Fall einer zulässigen Öffnung der Urkalkulation heraus, dass diese nicht oder nicht ordnungsgemäß erstellt und in der vorgesehenen Form vorgelegt wurde, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 2,5 Prozent der Nettoauftragssumme p. a. festzusetzen, sofern wesentliche Mängel der Urkalkulation vorliegen, die die Verhandlungen über eine gegebenenfalls notwendige Preisanpassung zu erschweren geeignet sind.
- (3.9) Bei nicht fristgerechter Durchführung weiterer vertraglicher Leistungen ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu EUR 500,-- pro Werktag festzusetzen, falls der AN zuvor bereits vergeblich unter Fristsetzung zur Nachholung seiner Leistungspflichten aufgefordert wurde.
- (4) Die Vertragsstrafen gem. Abs. 3 dürfen pro Vertragsjahr einen Betrag von 5 % der gesamten Jahresvergütung nicht überschreiten. Die maßgebliche Jahresvergütung ermittelt sich aus der Addition der absoluten Entgeltbeträge.
- (5) Bei mehrfacher oder andauernder Vertragsverletzung ist § 16(1.2) anzuwenden.
- (6) Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben durch das Vertragsstrafeversprechen unberührt.
- (7) § 343 BGB wird abbedungen (Angemessenheitskontrolle).

§ 14 Nachträgliche Unterbeauftragung

- (1) Der AN hat die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen grundsätzlich selbst zu erbringen. Die Weitergabe einzelner Leistungen an Unterauftragnehmer ist nur in den Fällen zulässig, in denen der Unterauftragnehmer seine Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit) vor Aufnahme des Tätigwerdens nachweist und bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG, es sei denn, der Unterauftragnehmer wurde bereits im Angebot des AN benannt. Für den Unterauftragnehmer gelten die gleichen Eignungsanforderungen wie für den Hauptauftragnehmer. Der AG wird seine Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern. § 4 Nr. 4 VOL/B bleibt unberührt.
- (2) Die Zustimmung des AG zum Einsatz eines Unterauftragnehmers ist schriftlich zu beantragen. Dem AG sind zusammen mit der Beantragung entsprechende Unterlagen vorzulegen, damit er die Eignung des Unterauftragnehmers prüfen kann. Der AG wird der Beauftragung des Unterauftragnehmers erst zustimmen, wenn die entsprechenden Unterlagen vorgelegt und geprüft worden sind.
- (3) Der AN hat sicherzustellen, dass sein Unterauftragnehmer die ihm übertragenen Leistungen selbst erbringt. Eine noch weitergehende Unterbeauftragung ist unzulässig. Der AN haftet für die Erfüllung dieses Vertrages auch bei Beauftragung eines Unterauftragnehmers in vollem Umfang.

§ 15 Loyalitätsklausel

- (1) Bei Abschluss dieses Vertrags können nicht alle Möglichkeiten, die sich evtl. aus der künftigen Entwicklung, aus Änderungen von gesetzlichen Bestimmungen oder aus sonstigen für das Vertragsverhältnis wesentlichen Umständen ergeben, vorausgesehen und geregelt werden. Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass für ihre Zusammenarbeit die Grundsätze kaufmännischer Loyalität zu gelten haben. Sie sichern sich gegenseitig zu, die Vertragsvereinbarungen in diesem Sinne zu erfüllen und ggf. künftigen Änderungen der Verhältnisse unter Heranziehung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben Rechnung zu tragen.
- (2) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, die vom anderen Vertragspartner schriftlich oder mündlich erhaltenen vertraulichen Informationen und Kenntnisse wie eigene Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und nur für Vertragszwecke zu benutzen.
- (3) Bei Beendigung dieses Vertrages – gleich aus welchem Grund – hat der AN alles Erforderliche und ihm Zumutbare zu tun, damit dem AG oder einem anderen Auftragnehmer die Übernahme der Leistungen in möglichst reibungsloser Form ermöglicht wird.

§ 16 Kündigung aus wichtigem Grund

- (1) Jede der Vertragsparteien hat das Recht, diesen Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Ein wichtiger Grund ist insbesondere in folgenden Fällen gegeben:
 - (1.1) Bei Vorliegen höherer Gewalt, deren Entwicklung sich so gestaltet, dass nach billigem Ermessen weder dem einen noch dem anderen Teil die Aufrechterhaltung des Vertrages auf Dauer zugemutet werden kann;
 - (1.2) wenn durch ein schuldhaftes Verhalten des AN der Vertragszweck so gefährdet wird, dass dem AG die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht mehr zugemutet werden kann;
 - (1.3) wenn der AN seine Verpflichtungen nachhaltig nicht erfüllt. Dies gilt insbesondere dann, wenn er nach mindestens zweimaliger Abmahnung seitens des AG nicht die notwendigen Maßnahmen trifft, damit die ordnungsgemäße Vertragserfüllung sichergestellt ist. Die Abmahnungen haben schriftlich zu erfolgen. Zwischen ihnen muss jeweils ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen;
 - (1.4) bei Zahlungsunfähigkeit des AN sowie bei Beantragung eines gerichtlichen Vergleichs- oder Insolvenzverfahrens über das Vermögen des AN;
 - (1.5) bei Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung nach den Zwangsvollstreckungsvorschriften der ZPO durch den AN;
 - (1.6) wenn durch gesetzliche Änderungen die in § 17 KrWG geregelten Überlassungspflichten ganz oder teilweise aufgehoben werden und der AG hierdurch einen nicht nur unerheblichen Rückgang von Anschlusspflichtigen und/oder Abfallmengen zu besorgen hat.
- (2) Die Kündigung hat durch Einschreibebrief zu erfolgen.
- (3) Die Kündigung nach Abs. (1.1) kann von beiden Vertragspartnern, nach Abs. (1.2) bis (1.6) nur vom AG vorgenommen werden.

§ 17 Kündigung wegen Rechtsverletzungen

- (1) Gewährt, verspricht oder bietet der AN Personen, die auf Seiten des AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf deren Zugehörigkeit zur Verwaltung oder dem Unternehmen des AG oder solchen Personen nahe stehen-

den Personen, Vorteile im Sinne der §§ 331 ff. Strafgesetzbuch (StGB) an, so ist der AG berechtigt, diesen Vertrag mit oder ohne Einhaltung von Fristen zu kündigen. Gleiches gilt für den Fall, dass er solchen Personen vor Zustandekommen dieses Vertrages derartige Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat.

- (2) Der AG kann den Vertrag kündigen, wenn sich der AN nachweislich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne des § 1 des Gesetzes über Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligt hat, insbesondere mit anderen Bietern oder potentiellen Bietern über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, die zu fordernden Preise, Bindungen sonstiger Entgelte, Gewinnaufschläge, Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile, Zahlungs-, Lieferungs- oder andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen, die Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen oder Gewinnbeteiligungen oder andere Angaben eine Verabredung getroffen oder eine Empfehlung ausgesprochen hat, es sei denn, dass diese kartellrechtlich zulässig sind.
- (3) Derartigen Handlungen des AN stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des AN mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung dieses Vertrages befasst sind oder in dessen Auftrag handeln bzw. gehandelt haben.
- (4) Gibt der AN in seinem Angebot vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Erklärungen ab, so berechtigt dies den AG zur Kündigung dieses Vertrages.
- (5) Übt der AG sein Kündigungsrecht gem. Abs. (1), (2) oder (4) aus, so richten sich die Rechtsfolgen nach §§ 8 Nr. 3 und 4 VOL/B.

§ 18 Salvatorische Klausel

- (1) Die Gültigkeit dieses Vertrages wird durch die etwaige Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen nicht berührt. Gleiches gilt, wenn sich erst nachträglich die Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einer Bestimmung ergibt.
- (2) Beide Vertragspartner verpflichten sich, nichtige oder unwirksame Vertragsbestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem, mit diesem Vertrag angestrebten, Erfolg sachlich, technisch und wirtschaftlich am nächsten kommen.

§ 19 Schlussbestimmungen

- (1) Die im Inhaltsverzeichnis genannten Anlagen werden Vertragsbestandteil.
- (2) Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt, wobei jeder Vertragspartner ein Original erhält.
- (3) Sofern in diesem Vertrag nicht ausdrücklich Abweichendes festgelegt ist, werden Mitteilungen, die nach dem Vertrag erforderlich sind, schriftlich übermittelt.
- (4) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages und Nebenabreden zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform; sie sind in einem beiderseits rechtsverbindlich unterzeichneten Dokument und fortlaufender Nummer der Vertragsergänzungen niederzulegen, von dem jeder Vertragspartner ein Exemplar erhält. Das Erfordernis der Schriftform kann nur durch eine schriftliche Vereinbarung der Vertragsparteien aufgehoben werden.
- (5) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Werkvertrag.

(6) Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Pirmasens.

Pirmasens, den _____._____._____

_____, den _____._____._____

Für den AG

[Name]

[Funktion]

Für den AN

[Name]

[Funktion]